

Wenn Wissenschaft zum Aktivismus wird

Dieter Schöneckers Verteidigung des wissenschaftlichen Aktivismus ist keine harmlose philosophische Positionsbestimmung („Apologie des Aktivismus“, F.A.Z. vom 15. Juli). Sie ist der Versuch, den Zweck der Universität umzudeuten. Sein erster Fehlschluss besteht darin, aus der Feststellung, dass wissenschaftliche Wertfreiheit eine methodische Norm darstellt, auf ihre Unmöglichkeit zu schließen. Methodische Regeln sind aber keine politischen Programme. Die Forderung nach logischer Konsistenz oder intersubjektiver Nachprüfbarkeit macht Wissenschaft daher nicht normativ, sondern schützt sie vielmehr vor politischer Vereinnahmung.

Der zweite Fehlschluss ist noch gravierender. Schönecker erklärt normative Theorien kurzerhand selbst zu normativer und politischer Praxis. Damit verwischt er jedoch die kategoriale Grenze zwischen Erkenntnis und Handlung. Wer diesen Unterschied aufhebt, macht aus Wissenschaft Politik mit anderen Mitteln.

Damit entsteht zum Dritten ein performativer Zirkel. Wenn die Theorie nicht mehr nur begründet, was gelten soll, sondern durch wissenschaftlichen Aktivismus selbst zu ihrer gesellschaftlichen Geltung beiträgt, dann verkehrt der wissenschaftliche Aktivismus die klassische Erkenntnislogik. Nicht mehr die Theorie muss sich an der Wirklichkeit bewähren; vielmehr soll die Wirklichkeit der Theorie angepasst werden.

Einen regelrechten Kunstgriff vollzieht Schönecker zum Vierten, wenn er schreibt, normative Wissenschaften seien an der Erforschung von Normen und Werten beteiligt und „damit auch“ am Engagement für deren Realisierung. Schönecker ersetzt damit ohne Umschweife den Erkenntnisauftrag der Wissenschaften durch einen Handlungsauftrag. Aus einer Wissenschaft über Normen wird – ohne jede Begründung – eine Wissenschaft für Normen.

Hinzu kommt fünftens eine bemerkenswerte asymmetrische Privilegierung, denn Schönecker räumt diesen politischen Handlungsauftrag ausdrücklich nur den normativen Wissenschaften ein. Den empirischen Wissenschaften weist er demgegenüber weiterhin den klassischen Erkenntnisauftrag zu. Damit entstehen zwei Arten von Wissenschaft: Die einen sollen erkennen, die anderen verändern.

Der wissenschaftliche Aktivismus folgt genau dieser Logik. Er erhebt politische Wertverwirklichung zum wissenschaftlichen Auftrag und bringt den Primat der Erkenntnis gegen den Primat der Transformation in Stellung. Damit aber verliert die Universität ihre institutionelle Distanz zur Politik. Und wer diese Grenze aufgibt, verteidigt nicht die Freiheit der Wissenschaft, sondern politisiert sie.

**PROFESSOR DR. ROBERT OBERMAIER,
PASSAU**